



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227-73447

✉ (030) 227-76318

✉ ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

14.09.06

Rossmann warnt vor CDU-Initiative zur offiziellen Verwendung historischer Namen durch die Kreisverwaltung

SPD-Abgeordneter: „Außenpolitik ist Sache des Bundes!“

„Mit ihrer Beschlussfassung über die Bezeichnung von Ortschaften in den ehemaligen deutschen Ostgebieten in Russland droht die CDU den Kreis Pinneberg in eine ziemlich missliche Lage zu bringen.“ Das erklärte der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann jetzt zum Begehren der Christdemokraten, die Kreisverwaltung möge künftig die historischen deutschen Ortsnamen statt der heute gebräuchlichen russischen Bezeichnungen an erster Stelle verwenden.

„Die Kreisverwaltung wird durch diese Initiative aber ohne Not gezwungen, in ihren offiziellen Schriftsätzen Außenpolitik zu machen. Das aber ist allein Aufgabe des Bundes“, betont Rossmann. Er bitte die Christdemokra-

ten deshalb eindringlich, auf einen Kreistagsantrag entsprechenden Inhalts zu verzichten, mit dem die Kreisverwaltung in eine Praxis entgegen dem Verfahren des Berliner Außenministeriums gezwungen werden soll.“

„Die CDU des Kreises Pinneberg mag für sich die historischen Namen verwenden, so wie immer sie es will und es ihrem Geist entspricht. Damit können sich dann alle politisch auseinandersetzen. Die CDU sollte es dem Kreis und seinen Institutionen als öffentlichen Einrichtungen insgesamt aber bitte ersparen, mit einer solchen Maßnahme für Irritationen bei unseren Freunden und Partnern insbesondere in Russland zu sorgen und über lange Jahre aufgebautes Vertrauen zu beschädigen“, wirbt Rossmann um ein Einlenken der Christdemokraten.

Schließlich würde die Entwicklung gerade in der Oblast Kaliningrad sehr genau in Russland beobachtet und sollten die Chancen der Partnerschaft mit Russland und deren Ausbau im Vordergrund stehen.

Nach seiner Auffassung helfe die vorgeschlagene Regelung, nach der hinter den ehemaligen deutschen Ortsnamen der jetzt gebräuchliche in Klammern zu setzen wäre, niemandem weiter und Sorge in erster Linie für Komplikationen. „Kreispräsident Tiemann hat bereits unfreiwillig vorgeführt, zu welch absurden sprachlichen Verrenkungen die Umsetzung des Vorschlags führen würde: Die Stadt Selenogradsk künftig Cranz zu betiteln, den gleichnamigen Rajon aber wie gehabt zu bezeichnen, mag für ihn logisch sein. Vermittelbar ist es aber bestimmt nicht. Eine derartige Schizophrenie muss sich nun wirklich nicht noch in Partnerschaftsurkunden, Schriftsätzen und Grußworten dokumentieren.“